

Pressemitteilung LER vom 07.07.2022



Landeselternrat sowie Stadt- und Kreiselternräte diskutieren mit der Politik

„Schulpolitik braucht jetzt mehr Ehrlichkeit!“

Hannover – Dieser Termin hätte nicht besser gewählt werden können. Gerade waren am Tag zuvor die fatalen Ergebnisse des aktuellen IQB-Bildungstrends veröffentlicht worden, da traf sich der Niedersächsische Landeselternrat mit seinen Vorständen der Stadt- und Kreisebenen zur Diskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen. Allgemeiner Tenor: Schulpolitik braucht jetzt Ehrlichkeit und Transparenz, steht vor gewaltigen Herausforderungen – bedarf dringender Korrektur, um nicht an die Wand gefahren zu werden.

Ehe Landeselternratsvorsitzender Michael Guder im Sitzungsraum des Landtags den Meinungs austausch einläutete, stimmte Prof. Dr. Dietlinde Vanier von der Technischen Universität Braunschweig die Elternvertreter auf die bestehenden Dilemmata des Bildungssystems ein. In ihrem Impulsvortrag „Schule der Zukunft“ spannte die renommierte Erziehungswissenschaftlerin den Bogen von strukturellen Gerechtigkeitsdefiziten zu Lasten der Kinder und Jugendlichen bis hin zu einer eigentümlichen Lehrkräfteausbildung und konzeptionsloser Qualifizierung von Quereinsteigern.

In der Bildungslandschaft sei die Entwicklung und Evaluierung von Mindeststandards für Unterrichtsqualität notwendig, inklusive Schulen bräuchten einen rechtssicheren Rahmen, der Lehrkräfte wie Schulleitungen von bürokratischen Aufgaben entlaste. „Ihre Fach- und Beratungskompetenz sollte genau dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht wird“, so Prof. Dr. Vanier. Auch die Lehrpläne gehörten grundlegend entrümpelt. Das Referendariat als Gelenkstelle zwischen Hochschule und Schule müsse zudem neu konzipiert werden. Forderungen, denen sich die Elternvertretungen nach ihrem Vortrag einstimmig anschließen konnten.

In einmütiger Geschlossenheit traten zunächst die bildungspolitischen Sprecher der vier Landtagsfraktionen auf. Einig waren sich die Abgeordneten Stefan Politze (SPD), Christian Fühner (CDU), Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen) und Björn Försterling (FDP) darin, dass der Bildungsbereich finanziell nicht voll auskömmlich ausgestattet und daher aus jeglicher Sparmaßnahme herauszuhalten sei. Kein Bildungspolitiker könne mit der aktuellen Situation zufrieden sein – so dürfe die Unterrichtsversorgung, vor kurzem als völlig unzureichend in die Schlagzeilen geraten, im statistischen Landesdurchschnitt nicht länger unter 100 Prozent bleiben.

Im zweieinhalbstündigen Schlagabtausch mit den bestens informierten Eltern aus ganz unterschiedlichen Regionen Niedersachsens traten dann aber doch einige Unterschiede zwischen den Parteien hervor: Während sich der Sozialdemokrat Stefan Politze für eine generelle Lernmittelfreiheit aussprach und ausdrücklich auch die digitale Ausstattung mit einschloss, wollte das sein Koalitionspartner Christian Fühner so pauschal nicht befürworten – seiner Ansicht nach käme das nur für sozioökonomisch benachteiligte Familien in Betracht.

Seine grüne Kollegin, Julia Willie Hamburg, forderte vor allem mehr Freiräume für die Schulen – sie sollten selber Personal einstellen können, dazu gehörten neben Lehrkräften auch Erzieherinnen bzw. Erzieher und Verwaltungskräfte. Gemeinsames Lernen in einer sechsjährigen Grundschulzeit sollte ermöglicht werden, ebenso die Freiheit zum Notenverzicht. Björn Försterling von den Freidemokraten mahnte mehr Ehrlichkeit in der Bildungspolitik an. Der Fachkräftemangel im Bildungsbereich sei dramatisch, umgehend müsste eine groß angelegte Lehrkräfte-Offensive starten. Die Rahmenbedingungen seien deutlich zu verbessern, „eine einheitliche A13-Besoldung für Grund-, Haupt- und Realschullehrer würde als eine Maßnahme für Entspannung sorgen“.

Richtig kontrovers ging es dann beim Thema Inklusion und Förderschulen zu. Waren sich noch alle darin einig, dass die Inklusion nach ihrer Einführung vor nunmehr neun Jahren an vielen Schulen noch immer nicht rund laufe, da es auch hier an Fachkräften und Unterstützungspersonal mangle, gehen die Meinungen zur landesweiten Fortführung der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen in diesem Zusammenhang auseinander. Geplant ist, keine Einschulungen ab 2023 in dieser Schulform und die betroffenen Kinder in der inklusiven Regelschule zu unterrichten. CDU und FDP plädieren dafür, diese Förderschulen noch nicht abzuschaffen, sondern erst die Qualität der Inklusion in den Regelschulen sicherzustellen.

Julia Willie Hamburg stellte für die Grünen klar, an dem Vorhaben festhalten zu wollen – und handelte sich damit den Unmut der Elternvertreter ein. Die Weiterentwicklung der Inklusion sei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen, dieser Umbruch biete die Chance, Schulen insgesamt besser zu machen, argumentierte sie. Der Prozess werde von den regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren koordiniert und begleitet, bei Problemen sollen sich die Eltern an spezielle Ombudsstellen wenden können.

Große Einigkeit herrschte dann wieder am Ende der Veranstaltung bei dem Vorschlag von Julia Willie Hamburg: Ein Austausch der Elternngremien mit der Politik soll in dieser Form auf jeden Fall fortgesetzt werden. Zudem werden die Elternvertretungen sich weiter aktiv einmischen und ihre Forderungen zur Schulpolitik bis zur bevorstehenden Landtagswahl am 9. Oktober einbringen.